

unsere Chance

€ 1-

Solidaritätspreis: € 2-

Informationen des Österreichischen Solidaritätskomitees / Plattform proSV
 1070 Wien, Stiftgasse 8, Kontakt: oesolkom@gmx.at Web: <http://proSV.akis.at>

NEIN zum Berufsheer - JA zur Neutralität

GewerkschafterInnen gegen ein Berufsheer - für Neutralität

Im Gegensatz zu den ÖGB- und SPÖ-Spitzen ist der Mehrheit der ÖGB-Mitglieder und der SPÖ-WählerInnen die Neutralität nicht egal! Wir dürfen nicht zulassen, dass die Rechten wie ÖVP, FPÖ usw. auf einmal so tun, als wäre ihnen das Wohl unseres Landes wichtig, als wären sie die Verteidiger der Souveränität und Neutralität Österreichs. Das Gegenteil ist aber der Fall! Nur weil die SPÖ-Spitze sich als besserer Diener der EU-Banken- und Konzernrettung sowie der EU-Militär- und Kriegspolitik, z.B. mit den EU-Kampftruppen (battle-groups), anbietet, die ÖGB-Führung zum Ausverkauf der Neutralität und den gefährlichen Berufsheerplänen schweigt, können die Rechten dies tun.

Aus Anlass der Diskussion und der im Jänner bevorstehenden Volksbefragung der folgende Beitrag der Initiative „GewerkschafterInnen gegen ein Berufsheer - für Neutralität“:

Auf Betreiben der ÖVP, v.a. von LH Erwin Pröll, hat die Rot/Schwarze Koalition nun für **20. Jänner 2013 eine Volksbefragung zur Frage Wehrpflicht oder Berufsheer** festgesetzt. Die ÖVP hat sich bis vor kurzem noch für ein Berufsheer aus-



BERUFSHEER: TEILNAHME AN DEN EU-KAMPFTRUPPEN ODER NATO-EINBINDUNG = VERFASSUNGSBRUCH

gesprachen. Der Schwenk ist ein Versuch durch das Eintreten für die Wehrpflicht zu Wählerstimmen zu kommen. 80% aller Österreicher sind trotz jahrelanger Negativpropaganda weiterhin für die Beibehaltung der Neutralität! Auch deshalb muss Vizekanzler Spindelegger nun seit September für die Wehrpflicht eintreten. Er sagt zum Teil die Wahrheit mit seiner Aussage: „Die Abschaffung der Wehrpflicht bedeutet Nato-Beitritt und damit Aufgabe der Neutralität“. Was er nicht sagt, ist, dass die ÖVP ebenso wie SPÖ, FPÖ, BZÖ aber auch Grüne seit Jahren an der Aushöhlung, Untergrabung, Verletzung und dem Bruch der Neutralität mitgearbeitet haben. Und was er erst recht nicht sagt: 2004 hat Österreichs Regierung (ÖVP-FPÖ-

BZÖ) heimlich die EU-Verfassung unterschrieben, die dann 2005 von allen Parteien im Parlament ohne Volksbefragung beschlossen wurde. Sie bedeutet: Verpflichtung zur ständigen Aufrüstung, militärische Beistandspflicht zu weltweiten Kriegseinsätzen und Teilnahme Österreichs an den neuen Kampftruppen des EU-Militärbündnis, den sog. „battle-groups“! Diese sind eine EU-Eingreiftruppe in Form von Kampftruppen für globale Krisen- und Kriegseinsätze, die verharmlost als „Frieden schaffende Maßnahmen“ bezeichnet werden. Die EU-Staaten be-

schlossen schon 1999, diese „battle-groups“ aufzustellen. 10 Jahre danach hatte die EU schon 22 Einsätze, bei denen insgesamt schon ca. 70.000 Mann in verschiedenen Ländern stationiert wurden. Im Endausbau soll diese Kriegstruppe 360.000 Mann ausmachen. Wer das nicht glaubt, dem sei in Erinnerung gerufen: Der frühere Leiter der EU-Sicherheits- u. Außenpolitik Solana hat in der 2009 erschienenen offiziellen EU-Militär-Strategie-Studie für 2020 offen geschrieben: „Die EU hat sich zu einem Akteur mit globalem Machtanspruch entwickelt und muss dazu die militärischen Mittel bereitstellen.“... „Wir müssen über das Personal und die Kapazitäten, sowohl zivil als auch militärisch verfügen, diese politischen Ambitionen

zu verwirklichen...“ **Link zur Studie:**
[http://www.iss.europa.eu/uploads/
media/What_ambitions_for_Euro-
pean_defence_in_2020.pdf](http://www.iss.europa.eu/uploads/media/What_ambitions_for_European_defence_in_2020.pdf)

Die USA sichern schon längst ihre Wirtschaftspolitik mit militärischen Mitteln ab, also mit Krieg überall auf der Welt. Die EU unternimmt alles „für ihre Kapitalisten“, um in der Konkurrenz nicht nachzustehen. Sie wird immer mehr zu einer eigenen Militär- u. Atommacht. In Konkurrenz zu den aggressiven USA wollen die europäischen Konzerne nun gerade in der Krise auch militärisch im Kampf um Absatzmärkte, Rohstoffquellen und Einflussphären mitmischen.

Die von allen Parteien beschlossene Teilnahme österreichischer Soldaten an den EU-Kampfftruppen ist ein Verfassungsbruch, heißt es doch im **Artikel 2 des Neutralitätsgesetzes:** „Österreich wird zur Sicherung dieses Zweckes in aller Zukunft keinen militärischen Bündnissen beitreten und die Errichtung militärischer Stützpunkte fremder Staaten auf seinem Gebiet nicht zulassen“.

Und unter eben diesem Bruch der Neutralität stehen seit 1. Jänner 2011 österreichische Soldaten im Rahmen der EU-Kampfftruppen (battle-groups) für die EU-Kriegseinsätze Gewehr bei Fuß.

Hannes Androsch, Exbanker und Großindustrieller, wurde von der SPÖ zum Leiter des „Komitees für ein Ende der Wehrpflicht“ erkoren. Der Berufsheer-Einpeitscher sagt auch relativ offen, wozu das Berufsheer dienen soll. Es habe die Aufgabe, „im europäischen Verbund in Zusammenarbeit mit der NATO einsatzbereit zu sein, die Rohstoff- und Energiequellen zu verteidigen, die Transportwege, Seewege und Pipelines. Dazu kommt das Flüchtlingsproblem, Terrorismus und Cyberwar.“ (Österreich, 7.9.2012)

Er sagt nicht, was aber selbstredend ist, dass die Rohstoff- und Energiequellen, die Seewege und Pipelines alle samt Staaten außerhalb Europa gehören, die, laut EU-Studie, wenn sie nicht mit dem „Westen“ kooperieren, unter dem Vorwand für Demokratie, Freiheit und Menschenrechte, „befreit“ werden sollen. Hannes Androsch sagt auch offen, dass es „innerhalb der EU und der UNO keine Neutralität gibt“. (Presse 8.9.2012)

In der EU-Militärstudie klingt das dann so: „Die OECD Staaten, das sind die EU-Staaten, USA, Kanada,

Australien und Japan, müssen mit den transnationalen Konzernen, das sind die 1.000 größten Vermögen, eine symbiotische Beziehung finden... Sie haben größere Macht als je zuvor. Doch sie brauchen den Staat und der Staat braucht sie.“ „Die Nr.1-Priorität der EU ist der Schutz des globalen ... ökonomischen Flusses“... „Sie muss den Fluss der transnationalen Ströme sichern und gegenüber den Staaten, die sich dem entgegenstellen, kann es zur direkten militärischen Konfrontation kommen.“ „Diese entfremdeten modernen Staaten sehen unser globalisiertes System als Bedrohung“... „Die Aufgabe ist es, sie soweit wie möglich umzudrehen“... „Das wird Kapazitäten für harte Machtausübung erfordern.“... „Zu diesen Staaten zählen Nordkorea, Burma und, wenn auch noch mit Fragezeichen, Russland.“

Der Link zur EU-Militärstrategie 2020: [http://www.iss.europa.eu/
uploads/media/What_ambitions_
for_European_defence_in_2020.pdf](http://www.iss.europa.eu/uploads/media/What_ambitions_for_European_defence_in_2020.pdf)

BERUFSHEER: UNSER GELD FÜR IHRE KRIEGE DIE EUROFIGHTER WAREN ERST DER ANFANG



Steigen die Militärausgaben für Eurofighter oder Berufsheer, bleibt weniger für Bildung, Gesundheit oder Pensionen ...

Die Kosten für das Berufsheer und die battle-groups, die Kosten für Österreichs geplante Teilnahme an den EU-Kriegen soll wiederum die Bevölkerung zahlen. Schon beim Eurofighter wurden wir zur Kasse gebeten. Er ist eine Vorleistung Österreichs, sich in die EU-Militarisierung und Kriegspolitik einzu-binden. Seine Gesamtkosten ca. 6 Milliarden! Diese Summe würde ausreichen, um 50 Jahre lang die Kosten der Studiengebühren zu bestreiten. Eine Flugstunde des Eurofighters kostet ca. das Dreifache der durchschnittlichen Jahrespension einer Frau. Die Eurofighter haben nicht das Geringste mit der Verteidigung der Neutralität zu tun. Der Eurofighter ist ein Kampfbomber für offensive globale EU-Militäreinsätze. Unverdächtigster Zeuge dafür ist Günter Höfler, Kommandant der Streitkräfte des Bundesheeres. Er sagte, dass die Eurofighter dazu dienen, für „Kampfeinsätze im europäischen Verbund“ mit einem Einsatzradius „Westbalkan bis hinunter nach Afrika, den Nahen Osten und den Kaukasus“ zur Verfügung zu stehen. (Kleine Zeitung 13. 12. 2005)

BERUFSHEER: EXTREM TEUER UND EXTREM GEFÄHRLICH

Das geplante Berufsheer von 15.000 Mann würde mindestens 4,2 Milliarden Euro pro Jahr kosten. Bei der jetzigen Wehrpflicht belaufen sich die Kosten auf etwa 2,1 Milliarden Euro. Doch das wären nur die Anfangskosten! Denn so wie der Ankauf der Eurofighter wäre das Berufsheer Ausdruck einer geplanten weiteren „Militarisierung der österreichischen Politik“ mit weitreichenden wirtschaftlichen, sozialen und politischen Folgen für unser Land! H. Androsch hält eine Erhöhung der Militärausgaben um viel mehr als bisher in jedem Fall für unausweichlich und beanstandet im selben Atemzug die Kosten des „riesigen Sozialbereichs“. (Kronen Zeitung, 8.9.2012) Österreichs Herrschende haben sich, ebenfalls entgegen unserer Neutralität, wie alle EU-Staaten, 2009 im EU-Vertrag von Lissabon zur Aufrüstung verpflichtet. Dort heißt es, dass sich die EU-Staaten ausdrücklich dazu verpflichten, „ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern.“ (Art. 42). Um die Aufrüstung besser und schneller auszubauen, wurde sogar ein eige-

nes Rüstungsamt ins Leben gerufen, die sog. „Agentur für die Bereiche Entwicklung der Verteidigungsfähigkeiten, Forschung, Beschaffung und Rüstung.“ Der frühere Chef dieses Amtes sagte, wozu diese Agentur dient:

„Wenige Nationalratsabgeordnete wollen vor ihrer Wählerschaft begründen, warum deren Steuern für Kampfhubschrauber statt für Spitäler verwendet werden soll ... Militärische Operationen kosten Geld und riskieren Menschenleben. ...Nur ein eiserner politischer Wille, untermauert von klarem Zielbewusstsein, kann dafür sorgen, dass sich diese strategische Orientierung gegen kurzfristige Unannehmlichkeiten durchsetzt.“ (Re-energising Europe's Security and Defence Policy, Nick Witney, Policy Paper im Auftrag des European Council on Foreign Relations .ecfr.eu, Juli 2008)

Wir sollen für die verfassungswidrige Teilnahme unseres Landes an der neuerdings auf Kriegsführen ausgerichteten Politik der EU zahlen. Und wir sollen auch noch massiven Sozialabbau und Demokratieabbau hinnehmen. Das laufende Sparpaket auf Kosten der Masse der Bevölkerung brachte dem Staat 11 Milliarden Euro bis 2014. Während an die Banken und ihre großen Aktionäre Milliarden an Steuern verteilt werden, sollen wir wieder den Gürtel enger schnallen. 80% des gesamten Steueraufkommens zahlen die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen. Während die Banken z.B. 12% Steuern von den Erträgen zahlen, die Firmen zwischen 15% u. 20%, zahlt die Masse der unselbstständig Erwerbstätigen zwischen 25% und 35% von ihrem Einkommen.

BERUFSHEER: WER WILL ES UND WOFÜR SOLL ES DA SEIN?

Häupl ebenso wie Faymann und Darabos dürfen die Wahrheit über den Zweck der von ihnen betriebenen Einführung eines Berufsheeres auf keinen Fall laut werden lassen. Deswegen sagt Häupl auch, das Berufsheer „...hat nichts mit der Neutralität zu tun“. Sowohl Spindelegger als auch Häupl verschweigen: Mit Berufssoldaten, mit Söldnern, sollen wieder Österreicher für fremde Großmachtinteressen kämpfen und sterben geschickt werden. Ein Berufsheer ist weit mehr der Kontrol-

le der Bevölkerung entzogen. Der Widerstand an der „Heimfront“ ist geringer, wenn bezahlte Söldner sterben. Schon zweimal in der Geschichte des letzten Jahrhunderts waren Aufrüstung und Krieg auch für die europäischen Mächte ein profitabler Ausweg aus der Krise.

BERUFSHEER: AUCH FÜR UNTERDRÜCKUNG IM INNEREN

Die Krise, die die Herrschenden auf dem Rücken der Menschen austragen, hat in vielen europäischen Ländern Protest und Revolten hervorgerufen. Nicht zuletzt sind die EU-Kampftruppen auch für Militäreinsätze im Inneren der EU geplant: Barroso (EU-Kommissionspräsident) hat Gewerkschaften in südeuropäischen Staaten bereits damit gedroht, „dass sie als Demokratien, wie wir sie bisher kennen, verschwinden könnten, wenn sie nicht bereit sind die Sparpakete durchzuführen.“ (Daily Mail, 15.6.2010) Für den italienischen Regierungschef Mario Monti (nicht gewählt) ist ja schon jetzt nach Eigenaussage das Parlament ein lästiger Klotz am Bein bei der Umsetzung der Wirtschaftsdiktate. Und EZB-Chef Mario Draghi Ankündigung vom „Ende des europäischen Sozialstaates“ wird gerade mit der Einführung des ESM wahrgemacht, d.h.: weiter unbegrenzt Euro-Milliarden für die Banken und ihre Aktionäre auf Kosten der Masse der Bevölkerung durch Abbau von immer mehr Sozialleistungen, durch Kürzung der Pensionen, durch Einsparungen bei Arbeitenden, Pflegebedürftigen, Schulen, Arbeitslosen, Gesundheitseinrichtungen, Universitäten, usw.

RÜSTUNG BOOMT

Im letzten Jahrzehnt sind die EU-Staaten zur Nr. 1 beim Rüstungsexport aufgestiegen. Sie liegen mit fast einem Drittel aller weltweiten Waffengeschäfte knapp vor den USA mit rd. 31% und Russland mit 25%. In den 90er Jahren lagen die USA noch klar in Führung Innerhalb der EU ist Deutschland auch beim Kriegswaffenexport zum Euro-Champion aufgestiegen und hat mittlerweile Frankreich überflügelt. Der Zuwachs der deutschen Waffenausfuhren im Fünfjahresvergleich

2002-2006 zu 2007-2011 beträgt satte 37%. Die drei Großen der EU – Deutschland, Frankreich, Großbritannien – vereinen auf sich zwei Drittel der EU-Waffenexporte. Schon im Jahr 2010 hatten die vier größten europäischen Rüstungskonzerne 176,6 Mrd. Euro an Rüstungsaufträgen in den Büchern. Die Rüstung boomt.

Ein Berufsheer macht Österreich nicht sicherer, sondern zu einem möglichen Kriegsteilnehmer!

Die Schaffung eines Berufsheeres führt zur Einbindung Österreichs in die zunehmende EU-Militarisierung und EU-Kriegspolitik. Dies macht Österreich nicht sicherer. Im Gegenteil, es macht Österreich zu einem Kriegsteilnehmer und somit auch zum Angriffsziel.

Das geplante Berufsheer wird von seinen Betreibern zum Zweck der Ablenkung gerne als „Freiwilligenheer“ bezeichnet. Es ist aber ein sündteures Profi(t)heer – nicht zum Schutz der Bevölkerung, sondern zum Schutz der Konzernprofite hier, in der EU - und auf der ganzen Welt.

Raus aus der Wehrpflicht und rein in ein Berufsheer würde heißen: Raus aus der Neutralität und hinein in EU- und NATO-Kriege! Wir können stolz auf unsere Neutralität sein und wir sind es der Zukunft unserer Kinder schuldig, unser Land nicht zum potenziellen Angriffsziel zu machen.

Das Heer muss dem Volk und der Demokratie verpflichtet sein! Die Wehrpflicht ist eine Hürde gegen die Teilnahme Österreichs an den nächsten Kriegen!

Nicht die Aufgabe der staatlichen Souveränität und die Teilnahme an Kriegen, sondern Erhaltung der Souveränität und aktive Neutralitätspolitik unseres Landes ist der beste Beitrag zu Sicherheit und zum Frieden!

Lassen wir nicht zu, dass Österreich seine Freiheit verliert, verhindern wir, dass ÖsterreicherInnen wieder in den Krieg marschieren.

Für unsere Zukunft, für unsere Jugend, für unsere Kinder: Keine Teilnahme an den Kampftruppen der EURO-Armee, keine Anbindung an die NATO!

NEIN zum BERUFSHEER - JA zur NEUTRALITÄT

Das Österreichische Solidaritätskomitee unterstützt die beiden untenstehenden Initiativen gegen ein Berufsheer

GewerkschafterInnen gegen ein Berufsheer - für Neutralität

Wir „**GewerkschafterInnen gegen ein Berufsheer**“ teilen die Auffassung „Ja zur Neutralität – Nein zum Berufsheer“ mit vielen einfachen Gewerkschaftsmitgliedern. Doch weder die ÖGB-Führung noch die Spitzen von Teilgewerkschaften haben sich derzeit gegen ein Berufsheer und für die Neutralität ausgesprochen. Im Gegenteil, die Gewerkschaftsspitzen haben die Linie ausgegeben: Wir geben keine Empfehlung ab, das hat nichts mit unserem „Kerngeschäft“ zu tun. Wirklich? Wer, wenn nicht Gewerkschaften, sollte sich für das Wohl der Menschen einsetzen. Das heißt eben laut und deutlich **g e g e n** Berufsheer, Aufrüstung und Krieg. Ausdrücklich steht dies auch in den

ÖGB-Statuten: § 3 Aufgaben des ÖGB:

(1) Der ÖGB ist in Verfolgung seines Zwecks zu einem kraftvollen Mitwirken an der steten sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Weiterentwicklung Österreichs, zur Wahrung der Unabhängigkeit und Neutralität sowie zur Wahrung der in der Verfassung verankerten Rechtsstaatlichkeit unseres Landes in einem sozialen Europa, zur Bekämpfung des Faschismus, jeder Reaktion und aller totalitären Bestrebungen, zur Mitarbeit an der Sicherung des Weltfriedens und der Menschenrechte sowie zum unentwegten Kampf zur Hebung des Lebensstandards der ArbeitnehmerInnen Österreichs und zum Einsatz für Gleichstellung von Frauen und Männern berufen und verpflichtet.

Wenn die Gewerkschaftsspitzen zu den Berufsheer-Plänen nichts Ablehnendes sagen, machen sie sich über die Köpfe hunderttausender Mitglieder hinweg zu Handlangern der Kapitalisten und Kriegstreiber.

www.gewerkschafter-gegen-Berufsheer.at



SozialdemokratInnen gegen ein Berufsheer.

**...weil unser Heer dem Volk und der
Demokratie verpflichtet sein muss!**

*„Wir sind gegen die Einführung eines Berufsheeres in Österreich! ...weil uns die Neutralität nicht wurscht ist!
...weil wir keine NATO/EU Auslandseinsätze wollen! ...weil unser Heer dem Volk und der Demokratie verpflichtet sein muss!“ <http://www.facebook.com/SPgegenBerufsheer/info?ref=ts>*

Im Gegensatz zu den ÖGB- und SPÖ-Spitzen ist der Mehrheit der ÖGB-Mitglieder und der SPÖ-WählerInnen die Neutralität nicht egal! Wir kooperieren mit diesen beiden Initiativen (siehe EINLADUNG zur DISKUSSIONS-VERANSTALTUNG am 5. November 2012 - letzte Seite).

Griechenland:

Reiche schonen, Arme schröpfen

Die jährliche Steuerhinterziehung macht soviele aus wie das jetzige Belastungspaket.

Bei einem durchschnittlichen Einkommen von 1558 Euro im Monat können es sich die Rechtsvertreter leisten, 1647 Euro an Kreditraten zu zahlen, so der „Kurier“. Eine ähnliche Diskrepanz zwischen den Einkommen und den Kreditzahlungen gibt es bei Selbstständigen im Handel, bei Finanzdienstleistern und Ärzten. Wundersame Geldvermehrung? Nein, Steuerhinterziehung. Auf die genannten Werte kommt Adair Morse, Professorin an der Uni von Chicago (Booth School of Business), die mit zwei Kollegen für eine Studie unter die Lupe genommen hat, welche Einkommen die griechischen Freiberufler und Selbstständigen für die Steuer angeben. Sie stellten fest:

In Wahrheit sind die Einkommen um fast zwei Mal höher. **Absolute Steuerehrlichkeit würde dem griechischen Staat zusätzliche 11,2 Milliarden Euro pro Jahr bringen.**

Während Banken, Versicherungen, Konzerne, v.a. die griechischen Reedereiunternehmen geschont werden, ist z.B. die Lage in den griechischen Krankenhäusern und den Artzordinationen dramatisch. Immer wieder kommt es zu Problemen bei der medizinischen Versorgung. Hunderttausende Versicherte der größten Krankenkasse „Eopyy“ müssen ihre Medikamente erst bar in Apotheken bezahlen und sich anschließend mit der Rechnung an die Kran-

kenkasse wenden. Auch viele Ärzte untersuchen Patienten nur noch gegen Barzahlung.

Der griechische Staat schuldet Apothekern und Ärzten nach Millionen-Summen. Viele griechische Krankenkassen stehen kurz vor dem Kollaps. Wegen der Krise sind ihre Einnahmen um rund 40 Prozent eingebrochen. Viele Griechen können sich ärztliche Untersuchungen und Medikamente nicht mehr leisten.

Bereits im Juni warnten die griechischen Apotheker-Verbände davor, dass das Gesundheitssystem zusammenbricht und stellte fest, dass Griechenland mindestens 1,5 Milliarden Euro für Medikamente und medizinisches Material benötige.

Pensionshetze I

„Experten“ hetzen wieder gegen den Sozialstaat

War da nicht was? Milliarden Euro für Hypo, Volksbank, Milliarden für die Rettung der Profite der EU-Konzerne und Banken? Aber nein, das ist wichtig, sonst bricht alles zusammen. Zudem: Bei dem Reichen und Vermögenden seien keine Milliarden zu holen, hören wir tagtäglich. Aber wo werden angeblich zu viele Milliarden ausgegeben? Beim Sozialstaat

Vor kurzem haben „Pensionsexperten“ wie Ulrich Schuh vom industrienahe „eco Austria“-Institut oder Bernd Marin - unterstützt von Unterzeichnern wie dem ehemaligen Finanzminister Hannes Androsch oder dem ehemaligen Grünen-Chef Alexander van der Bellen - haben ein Pensionsmodell vorgestellt, das ohne Staatszuschüsse auskommen soll. Das Modell stellt somit ausschließlich auf die Beitragsleistungen ab. Ebenso sieht es das vage gehaltene Programm von Frank Stronach vor.

Also die üblich verdächtigen „Pensionsexperten“, bereichert um den Berufsheer-Betreiber Androsch, der dafür mehr Milliarden als für die Wehrpflicht braucht und sucht, haben wieder einmal die Werbetrommel für die Privatversicherer und die Wirtschaft gerührt, indem sie be-

haupteten, der Staat schieße jährlich 14 Milliarden Euro zu den Pensionen zu (Bernd Marin im Kurier vom 16.9.12), die staatlich finanzierten Pensionen seien so nicht gesichert. Und die Herren „Experten“ hatten natürlich schon auch eine „Lösung“ bereit: Jeder, jede soll seine eigene Pension auf ein „Pensionskonto“ einzahlen, dann weiß er bzw. sie was er „am Ende“ herausbekäme, nämlich: Einzahlungsbetrag dividiert durch die durchschnittliche Lebenserwartung (siehe Beitrag Pensionshetze II). So weit, so schlecht. Was die Herren nicht sagten ist vieles: Dieses Privatpensionssystem führt einfach zur Altersarmut. Damit sich die Menschen aber damit abfinden, operieren sie mit falschen Zahlen. Tatsächlich zahlt der österreichische Staat 3,7 Milliarden für die Pensionen und die sind mehr als gerechtfertigt, denn das Pensionssystem ist Drittel-finanziert, der Staat hat aber seit bestehen des Pensionssystem noch nie ein Drittel dazu beigetragen: „Der Staatszuschuss zu den Pensionen ist nicht der Ausgleich eines Defizits der Pensionsversicherung. Denn unser Pensionssystem beruht grundsätzlich auf Beiträgen der Arbeitnehmer, der Dienstgeber und des Staates! Der staatliche Pensionsbeitrag ist weit

geringer als das ursprünglich konzipierte Drittel. Daher muss Schluss sein mit dem andauernden 'Hinhauen' auf die Pensionisten, die schuld seien am Staatsbankrott weil der Staatszuschuss explodierte.“ (APA, 3.10.2012). Und Blecha weiter: „... überdies sei der Staatszuschuss mit 'systemfremden Beträgen überfrachtet“, so z.B. die als reine Armutsbekämpfung geltende Ausgleichszulage, oder die Ersatzleistungen von Präsenz- und Zivildienern bzw. Kindererziehungszeiten. Ebensowenig könne man die Aufwendungen für Beamtenpensionen hinzurechnen, zumal dort nicht einmal ein Dienstgeberbeitrag vom Staat geleistet wurde. Blecha wendete sich scharf gegen die Absicht, die Kosten der Rehabilitation der Unterfünzigjährigen, die die Krankenkassen zahlen, von den Pensionsversicherungen refundieren zu lassen.

In Wirklichkeit sind 90% der ASVG-Pensionen (Arbeiter, Angestellte) aus den Beiträgen der Einzahlenden gedeckt, bei der Pensionsversicherungsanstalt (PVA) insgesamt zu 80%. Wo der Bund seit Jahrzehnten wesentlich mehr (bis zu zwei Drittel und mehr) als das vorgesehene Drittel zahlt, sind die Gewerbe- und Baupensionen.

Pensionshetze II

Wie Statistiken „unser“ Leben verlängern

Die EU will das Rentenalter proportional zur durchschnittlichen Lebenserwartung anheben - verschweigt aber, wessen Lebenserwartung.

Eine gefährliche Drohung auf Kosten der Masse der Bevölkerung. Auch in Österreich haben sich dazu gleich willfährig „Experten“ gefunden, dies den Österreichern schmackhaft zu machen (siehe Beitrag Pensionshetze I). Denn, so Richard Schuberth, freier Publizist und Bühnenautor in Wien im Standard vom 6.10.2012, „in Zeiten der Krise müssen alle Opfer bringen. Selbstverständlich werden diese Opfer sozial gestaffelt, und zwar nach bewährter Methode: entgegen der sozialen Bedürftigkeit. Wer mehr hat, bringt weniger Opfer, und umgekehrt, wer probates Opfer ist, muss noch mehr Opfer bringen, und sei es sich selbst.“ Und das geht laut Autor so: Basis der Forderung der EU, dass wir länger arbeiten und später in Pension gehen sollen ist die Berechnung der Lebenserwartung. Doch wie wird die berechnet? „Seit Jahrzehnten existieren nämlich Studien zur Lebenserwartung, die Gesellschaft nicht als egalitäre Familie von Bürgern begreifen, die an einem Strang ziehen, sondern soziale Differenz als Parameter miteinbeziehen. Sie alle kommen zum selben Ergebnis: Der hoffnungsvolle Durchschnittswert erhöhter Lebenserwartung wird von den reichen Segmenten der Gesellschaft verzerrt. Älter werden nämlich nur die Wohlhabenden, die weniger Wohlhabenden leben gleich lang wie ihre Eltern, und die Unwohlhabenden sterben sogar früher. Einige Beispiele: Das Economic Policy Institute in Washington präsentierte 2006 eine Studie, derzufolge die durchschnittliche Lebenserwartung der reicheren Hälfte der US-amerikanischen Bevölkerung seit 1986 um sechs Prozent, die der ärmeren bloß um ein Prozent zugenommen habe ... Und laut Deutscher Rentenversicherung ... habe die statistische Lebenserwartung von Geringverdienern in zehn Jahren um zwei Jahre abgenommen. ... Conclusio: ... Die früher sterben, sollen länger arbeiten, damit die, die länger leben, länger ihre hohen Renten und Privatvermögen genießen dürfen. Ansonsten, sagt der Sachzwang, sei das Pensionssystem nicht mehr zu retten ... Doch die Privatisierung der Gewinne und Sozialisierung der Schulden ist kein unumkehrbares Naturgesetz. Und wer die Grausamkeit ... dieser Ordnung ... durchschaut, dem wird etwa das reformistische Beteln darum, doch schon mit 77 und nicht erst mit 83 in Pension gehen zu dürfen, wie Pickelausdrücken auf einem Karzinom vorkommen. Man wird es großräumig rausschneiden müssen. Das könnte die Lebenserwartung aller heben.“

Wer ist das Österreichische Solidaritätskomitee?

1981 haben 10.000 Menschen aus der ganzen Region Judenburg in der Steiermark für die Erhaltung des Stahlstandortes demonstriert und so ihren Willen durchgesetzt. Zur Unterstützung der kämpfenden Arbeiter hat sich damals das "Österreichische Solidaritätskomitee" gegründet, weil der Widerstand gegen die Zusperrer und Sanierer im Interesse aller arbeitenden Menschen liegt und die Betroffenen nicht alleingelassen werden dürfen.

Wir sind ein Forum von Kolleginnen und Kollegen, die wieder mehr sozialistische Grundsätze und Denkweise in ihrer gewerkschaftlichen Arbeit für die Rechte der arbeitenden Menschen als ihre Richtschnur sehen. Das "Österreichische Solidaritätskomitee" erhält sich ausschließlich von Mitgliedsbeiträgen und von den Spenden seiner Aktivisten, Abonnenten und Unterstützer.

Ich möchte die Zeitschrift "Solidarität – unsere Chance" beziehen:

- Ich will eine Probenummer testen.
- Ich will ein Abo (4 Ausgaben pro Jahr) zum Preis von € 6,- (Solidaritätspreis € 12,-)
- Ich bin an weiterem Infomaterial interessiert .
- Ich bin an Treffen interessiert .

Name: _____

Adresse: _____

Telefon: _____

e-mail: _____

112/12

Einsenden an:
Österreichisches Solidaritätskomitee
Stiftgasse 8, 1070 Wien
oesolkom@gmx.at

Impressum:

Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion:
Österreichisches Solidaritätskomitee – Verein zur
Unterstützung der arbeitenden Menschen“
Stiftgasse 8, 1070 Wien, ZVR 188951949

Erscheinungsort Wien, P.b.b.,
Verlagspostamt 1070 Wien,
"Sponsoring Post" GZ 02Z030772 S



EINLADUNG

zur
Diskussionsveranstaltung



Ja zur Neutralität – Nein zum Berufsheer

Veranstalter:

**GewerkschafterInnen gegen ein Berufsheer
SozialdemokratInnen gegen ein Berufsheer**

AAI – Afro-Asiatisches Institut, Türkenstraße 3, 1090 Wien

Montag, 5. November 2012, 19.00 Uhr

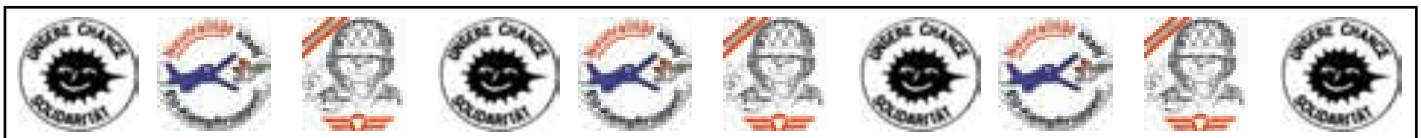
David Stockinger – SozialdemokratInnen gegen ein Berufsheer, SPÖ-Sektionsvorsitzender
Schwechat, Mitglied des SPÖ-Bezirksvorstandes

Franz Sieder – Katholischer Priester, ACUS, Pas Christi

Michael Kösten – GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg

Moderation: Wilfried Leisch – GewerkschafterInnen gegen ein Berufsheer, GPA-djpp
work@flex Vorsitzender Wien, Mitglied Bundesausschuss

Anmeldung unter: info@gewerkschafter-gegen-berufsheer.at
Homepage: www.gewerkschafter-gegen-berufsheer.at



LIEBE KOLLEGINNEN UND KOLLEGEN!

Wir danken allen AbonentInnen und LeserInnen für Ihre Unterstützung, Einzahlungen, Zusendungen und Anregungen, auf die wir im Sinne unserer gemeinsamen Arbeit weiterhin und mehr denn je angewiesen sind. Danke! Wie finanzieren uns ausschließlich aus Spenden und Abozahlungen unserer AktivistInnen und LeserInnen. Wir machen die Zeitschrift und unsere Aktivitäten ausschließlich ehrenamtlich, trotzdem entstehen Kosten für die Herstellung und v.a. den Versand der Zeitung oder die Betreuung des Webs.

Abo- und Spenden-Einzahlungen

Diese Ausgabe enthält keinen Zahlschein.
Deshalb ersuchen wir Abo und Spenden per Überweisung auf unser Konto wie folgt zu tätigen:

EmpfängerIn: W. Leisch,
Verwendungszweck: ÖSK, Abo / Spende,
Konto-Nr.: 00079-348-267
BLZ: 60000 oder:
BIC: OPSKATWW,
IBAN: AT986000000079348267

Danke!

Mit solidarischen Grüßen, Österr. Solidaritätskomitee
oesolkom@gmx.at <http://proSV.akis.at>